

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Frank Balzer (CDU)

vom 15. November 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. November 2021)

zum Thema:

Migranten an der Grenze – Mehrheit der Schleuser aus Deutschland?!

und **Antwort** vom 01. Dezember 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 02. Dez. 2021)

Herrn Abgeordneten Frank Balzer (CDU)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/10107
vom 15. November 2021
über Migranten an der Grenze – Mehrheit der Schleuser aus Deutschland?!

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Abgeordneten:

Medienberichten zufolge besagt ein vertrauliches Dokument der EU-Kommission, dass die Mehrzahl der festgenommenen Schleuser, die Migranten aus Belarus dabei unterstützen, über Polen in die Europäische Union zu gelangen, in Deutschland wohnt; es soll sich überwiegend um Staatsangehörige aus dem Iran, dem Irak, Syrien und der Türkei handeln.

1. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat darüber vor, ob die betreffenden Schleuser ihren Wohnsitz in Berlin haben?
2. Um wie viele Personen handelt es sich gegebenenfalls?
3. Wie viele Ermittlungsverfahren sind insoweit gegen in Berlin ansässige Schleuser geführt worden oder werden gegenwärtig noch geführt?
4. Welches Ergebnis hatten diese Ermittlungsverfahren jeweils?

Zu 1. bis 4.: Bei der Staatsanwaltschaft Berlin sind derzeit zwei Ermittlungsverfahren bekannt, die wegen Schleusungen mit Bezug zu Belarus geführt werden. Diese beiden Verfahren werden jeweils gegen einen Beschuldigten geführt. Die Ermittlungen dauern jeweils noch an.

5. Welche ausländerrechtlichen Maßnahmen wurden oder werden gegen entsprechende Belarus-Schleuser ergriffen?

- a) Wie viele dieser Personen wurden ausgewiesen,
- b) wie viele dieser Personen konnten abgeschoben werden?

Zu 5. a) und b): Eine gesonderte statistisch auswertbare Erfassung von Ausweisungen und Abschiebungen mit Bezug zu sog. Belarus-Schleusern erfolgt nicht.

Berlin, den 1. Dezember 2021

In Vertretung
Dr. Brückner
Senatsverwaltung für Justiz,
Verbraucherschutz und Antidiskriminierung